



# Wirtschaft. Weiter.Denken.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

**Preisverleihung an  
Julie Froud, Michael Moran (†),  
Sukhdev Johal, Angelo Salento  
und Karel Williams**

für ihr Buch

„Die Ökonomie des Alltagslebens:  
Für eine neue Infrastrukturpolitik“

**Preisverleihung an  
Hubertus Bardt, Sebastian Dullien,  
Michael Hüther und Katja Rietzler**

für ihren Artikel

„Für eine solide Finanzpolitik:  
Investitionen ermöglichen!“

Berlin, 4. März 2020

# Wirtschaft. Weiter.Denken.

## Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik wird vergeben von der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich – gemäß ihrem Stiftungsziel – auf die Förderung und Auszeichnung von Beiträgen, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Auswirkungen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben.

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt, der selbst auch dem Beirat der Stiftung angehörte.

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik  
der Friedrich-Ebert-Stiftung | Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Fax 0228 883 9219; 030 26935 9229 |  
[www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso) | Fotos: Mark Bollhorst | ISBN 978-3-96250-632-2

Diese Publikation wurde vollständig aus Mitteln der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung finanziert.



# Wirtschaft. Weiter.Denken.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

**Preisverleihung an  
Julie Froud, Michael Moran (†),  
Sukhdev Johal, Angelo Salento  
und Karel Williams**

für ihr Buch

„Die Ökonomie des Alltagslebens:  
Für eine neue Infrastrukturpolitik“

**Preisverleihung an  
Hubertus Bardt, Sebastian Dullien,  
Michael Hüther und Katja Rietzler**

für ihren Artikel

„Für eine solide Finanzpolitik:  
Investitionen ermöglichen!“

Berlin, 4. März 2020

## Vorwort

### Kurt Beck

Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Laufe des Jahres 2013 beschlossen, der gerade auch in Deutschland in der Wissenschaft, Politik und Presse zu einseitig geführten wirtschaftspolitischen Debatte durch die Auslobung eines Preises für Wirtschaftspublizistik zu mehr Pluralität zu verhelfen.

Mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ sollen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler\_innen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit suchen und entwickeln.

Die Verleihung des mit 10.000 Euro dotierten Hauptpreises und des mit 5.000 Euro dotierten Sonderpreises entspricht somit den Zielen der Stiftung, die von Hans Matthöfer (1925–2009) – einem bekannten SPD-Politiker und Gewerkschafter, der zwischen 1974 und 1982 Minister in mehreren Bundesregierungen war – und seiner Frau Traute ins Leben gerufen wurde. Ich freue mich sehr, dass wir diese Preisverleihung dank des finanziellen Engagements der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung auch in diesem Jahr wieder vornehmen können.

Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik wird im Jahr 2020 damit zum sechsten Mal verliehen. Herausragende ausländische Preisträger\_innen, die der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte wichtige Impulse geliefert haben, waren in den Vorjahren:



- Mark Blyth (Preisträger 2015), für sein Buch *Wie Europa sich kaputtspart: Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*;
- Mariana Mazzucato (Preisträgerin 2016), für ihr Buch *Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*;
- Oliver Nachtwey (Preisträger 2017), für sein Buch *Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*;
- Branko Milanovic (Preisträger 2018), für sein Buch *Die ungleiche Welt: Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*;
- Adam Tooze (Preisträger 2019), für sein Buch *Crashed: Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben*, sowie Harald Schumann und Elisa Simantke (Sonderpreisträger\_innen 2019), für ihren Artikel *Blackrock: Ein Geldkonzern auf dem Weg zur globalen Vorherrschaft*.

Im Rahmen des Nominierungsverfahrens sind im Herbst vergangenen Jahres über 50 Vorschläge – neben Büchern auch Blog-Beiträge, Kolumnen, Kommentare, Reportagen und Artikel in Zeitungen sowie Fachzeitschriften – bei uns eingegangen. Für diese rege Beteiligung möchte ich mich im Namen der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls sehr herzlich bedanken. Die große Anzahl an Einsendungen und auch die vielen positiven Rückmeldungen in den vergangenen Wochen zeigen, dass wir mit der Verleihung dieses Buchpreises richtig liegen.

Auf die Shortlist für die diesjährige Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft. Weiter.Denken.“ schafften es von den eingegangenen Einsendungen:

- das Buch von Lea Elsässer, *Wessen Stimme zählt: Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Campus Verlag, 11/2018;
- das Buch von Ulrike Herrmann, *Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen: Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind*, Westend Verlag, 09/2019;
- das Buch von Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl: Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Suhrkamp Verlag, 05/2019;

- das Buch von Axel Stommel, *Basics der Ökonomie: Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern*, BÜCHNER Verlag, 03/2019;
- das Buch von Julie Froud, Michael Moran (†), Sukhdev Johal, Angelo Salento und Karel Williams, *Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik*, Suhrkamp Verlag, 08/2019.

Die Mitglieder der unabhängigen Auswahl-Jury:

- Frau Dr. Brigitte Preissl, ehemalige Chefredakteurin der Fachzeitschriften *Wirtschaftsdienst* und *Intereconomics* beim ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft,
- Herr Prof. Dr. Peter Bofinger von der Universität Würzburg, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
- Herr Thomas Fricke, ehemaliger Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, heute u. a. Chefökonom der European Climate Foundation, Direktor des Forum New Economy und Kolumnist bei *Der Spiegel*

haben dann im Rahmen eines intensiven Begutachtungsverfahrens aus den fünf Finalist\_innen die Gewinner\_innen ermittelt. Auch Ihnen möchte ich für Ihr Engagement und Ihre Mitwirkung sehr herzlich danken.

Der Hauptpreis 2020 geht an:

- Julie Froud, Michael Moran (†), Sukhdev Johal, Angelo Salento und Karel Williams, für ihr Buch *Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik*.

Darüber hinaus hat sich die Jury entschieden, neben dem Hauptpreis auch einen Sonderpreis für herausragende und außerordentliche wirtschaftspublizistische Leistungen zu vergeben.

Der Sonderpreis 2020 geht an:

- Hubertus Bardt, Sebastian Dullien, Michael Hüther und Katja Rietzler, für ihren Artikel *Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!*, erschienen als IMK Report 152/2019 und als IW-Policy Paper 10/2019.

Die Jury begründet ihre Entscheidung folgendermaßen:

Die Träger\_innen des Hauptpreises legen in ihrem Buch dar, wie stark öffentliche Infrastruktur in den vergangenen Jahren nur noch nach finanziellen Renditeaspekten angeboten worden ist, und zeigen die negativen Wirkungen dieser Politik auf. Sie plädieren daher für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteur\_innen, um funktionsfähige Infrastrukturen für Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.

Die Träger\_innen des Sonderpreises demonstrieren, wie die Investitionsschwäche in Deutschland durch eine mutige Wirtschaftspolitik überwunden werden kann. Dabei gelang es den Ökonom\_innen, frühere ideologische Grenzen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen zu überwinden.

Frau Brigitte Preissl und Herr Thomas Fricke erläutern in ihrer Laudatio auf die Preisträger\_innen noch etwas genauer die Gründe, warum die Jury sich für die beiden Preisträger\_innen entschieden hat.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der Reden, die während des Festaktes zur Preisverleihung am 4.3.2020 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gehalten wurden: die Festrede von Norbert Walter-Borjans, Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Laudatio von Brigitte Preissl und Thomas Fricke sowie die Dankesreden von den Preisträger\_innen Julie Froud, Sebastian Dullien und Michael Hüther.

## Festrede

### Norbert Walter-Borjans

Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Ich freue mich, mit dieser Festrede die Gelegenheit zu haben, zwei spannende Themen anzusprechen, die nicht nur Politik und Ökonomie herausfordern, sondern unsere Partei zum Nachdenken anregen und uns helfen, unsere Wirtschaftspolitik weiterzuentwickeln.

Sowohl das Buch *Die Ökonomie des Alltagslebens* und die daraus abgeleitete Forderung nach einer „neuen Infrastrukturpolitik“ sowie die Frage nach den notwendigen Investitionen für die Zukunft Deutschlands, die im Zentrum des Debattenbeitrags des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) stehen, sollten nicht einfach nebeneinander betrachtet, sondern müssen zwingend zusammengedacht werden.

Jetzt hoffe ich, dass ich Sie neugierig gemacht habe. Welche Schlüsse ich konkret aus der Lektüre gezogen habe, erzähle ich Ihnen später.

Zuallererst aber, und das ist das Wichtigste, gratuliere ich den Preisträger\_innen zu ihren Preisen. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung bedanke ich mich für die Einladung, die Rede halten zu dürfen. Denn wir haben zwei Preisträgerteams, und die ehren zu dürfen, ist auch für mich eine große Ehre. Beide beschäftigen sich in ihrer Arbeit mit einer Thematik, die mich schon lange vor dem Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei umgetrieben hat, und das war immer die Frage: Wie sichern wir eigentlich nachhaltig unseren Wohlstand? Wie sichern oder gewährleisten wir, dass



dieser Wohlstand möglichst vielen, möglichst allen zugutekommt? Und wie gewährleisten wir auch, dass wir diesen Wohlstand nicht auf dem Rücken der Zukunft und auf dem Rücken anderer Regionen der Welt erwirtschaften? Beide Werke weisen uns Wege und geben Anregungen.

Insofern gehen meine Glückwünsche an die Autor\_innen des Hauptpreises: Julie Froud, Michael Moran, Sukhdev Johal, Angelo Salento und Karel Williams. Sie zeigen, wie ich finde, in einer sehr interessanten Weise, womit sich Politik, womit wir uns eigentlich alle beschäftigen müssen, wenn wir das Richtige tun und dafür sorgen wollen, dass wir einen Wohlstand für alle haben, der so angelegt ist, dass er eben nicht nur einer Generation dient.

Natürlich gratuliere ich auch ganz herzlich den Autor\_innen des Sonderpreises: Katja Rietzler, Hubertus Bardt, Sebastian Dullien und Michael Hüther. Dadurch, dass hier welche zusammenkommen, von denen man normalerweise denken würde, dass sie auf verschiedenen Seiten argumentieren, wird deutlich: Es geht nicht um irgend-

eine Richtungsfrage in der Politik, sondern es geht um etwas ganz Grundlegendes. Wenn wir unsere Zukunft sichern wollen, dann müssen wir investieren – und das muss der Staat in einem ganz großen Umfang tun.

Meine Glückwünsche gelten auch der Jury des Hans-Matthöfer-Preises. Diejenigen, die die diesjährigen Preisträger\_innen ausgewählt haben, hatten die kluge Idee, beides zusammenzubringen und zusammenzudenken. Beide Themen sorgen für Aufmerksamkeit und werden die Perspektive der hoffentlich zahlreichen Leser\_innen verschieben und somit sehr wirkungsmächtig werden. Das passt gut zum Motto des Preises und zum Namensgeber Hans Matthöfer: *Wirtschaft.Weiter.Denken*. Darum geht es bei den Preisen: weiter denken. Und vor allem: anders denken.

#### **Hauptpreis – Fundamentalökonomie und neue Infrastrukturpolitik**

Beim diesjährigen Hans-Matthöfer-Preis steht die Fundamentalökonomie im Mittelpunkt. Gemeint ist ein the-



oretischer Ansatz, der auf die Bereitstellung von für das Alltagsleben wichtiger Infrastruktur abzielt. Wir erwarten, dass der Strom aus der Steckdose, das Wasser aus dem Hahn kommt. Wenn wir uns verletzen, kommt ein Krankenwagen – hoffentlich. Vom Bahnhof bringt uns ein Zug zum gewünschten Ort – oder auch nicht. Erst wenn etwas mal nicht funktioniert, wird uns die Bedeutung dieser Voraussetzungen der modernen Zivilisation bewusst.

Die Entwicklung der Fundamentalökonomie, die Bereitstellung von Infrastruktur, um einmal ein modernes Vokabular zu benutzen, begann schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die wachsenden Städte Kanalisationen anlegten und für sauberes Trinkwasser sorgten. Das war eine gemeinsame Leistung der Gesellschaft und ein durchaus moralisches Projekt, das zweierlei im Blick hatte: Die Maßnahmen verbesserten das Leben der Menschen im Allgemeinen und machten sie zugleich produktiver. Dennoch, das Thema ist äußerst aktuell. Und es geht bei dieser Perspektive auch nicht um öffentliche Infrastruktur, sondern darum, eine Ökonomie zu schaffen, die zuvorderst am Gemeinwohl orientiert ist.

Das Buch beschert uns zugleich die Möglichkeit, einen anderen Blick auf die Dinge unseres alltäglichen Lebens und der sich dahinter verbergenden Infrastruktur zu werfen: Es geht um die ökonomischen Voraussetzungen des Alltagslebens. Das meinen die Autor\_innen mit „Fundamentalökonomie“: selbstverständliche Dinge des täglichen Lebens, die nicht oder kaum mehr wahrgenommen werden, aber enorme Bedeutung haben, wenn sie fehlen, eingeschränkt oder gar begrenzt werden oder nur zu hohen Kosten zu erhalten sind.

Diese Ökonomie des Alltagslebens und das Postulat einer neuen Infrastrukturpolitik sind die Kernbestandteile des Buches. Seine Botschaften sind klar und deutlich:

1. Es zeigt den Ausweg auf aus der Falle der Profitorientierung und Ökonomisierung aller Dinge des täglichen Lebens.
2. Was die Infrastrukturen des täglichen Lebens betrifft, sind Gewinnmaximierungsdenken und der Primat des Ökonomischen abzulehnen.



### 3. Gefordert ist eine Ökonomie und Infrastruktur im Dienste der Menschen.

Interessant ist das Buch allein schon deshalb, weil es eine Form der Ökonomie beschreibt, die Wege in die Zukunft weist und uns begreifen lässt, welche Bedeutung eine gut funktionierende, bezahlbare und allen zur Verfügung stehende Infrastruktur hat. Darüber hinaus wird dafür plädiert, dass der Staat wieder mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernimmt, und der Wirtschaft eine dienende Rolle gegenüber der Gesellschaft zugewiesen.

Das Buch ist notwendig, da die Fundamentalökonomie als ein für die Politik handlungsleitendes Element in den vergangenen Jahren in den Hintergrund rückte und ihre Kapitalisierung, besser die der Daseinsvorsorge, stattfand. Zum Bruch mit der Fundamentalökonomie kam es, als die großen Privatisierungswellen der Daseinsvorsorge begannen und staatliche Leistungen „verhökert“ wurden. Tafelsilber wurde verkauft. Das führte auch in der Folge schlichtweg zu höheren Preisen und Einschränkungen des Leistungsangebots, aber auch dazu, dass Wettbewerb und Renditedenken in immer mehr Bereiche unseres Alltages vorgedrungen sind. Es wird nicht mehr gefragt, was dem Menschen, was der Allgemeinheit dient, sondern vielmehr, wie sich der Gewinn maximieren lässt.

Durch Rekommunalisierung und Reprivatisierung von Gas- und Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und Wohnungen wird nun seit einigen Jahren versucht, mühsam und mit viel Geld die Infrastruktur, das Tafelsilber wieder zurückzukaufen. Langsam setzt sich wieder der Gedanke durch: Die Daseinsvorsorge ist Staatsaufgabe und nicht Spielball von Privatinteressen und des Kapitals. Investorengruppen sollten nicht darüber bestimmen und verfügen. Die Daseinsvorsorge muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt.

Es geht bei diesem Thema um die soziale Infrastruktur – nicht mehr und nicht weniger. Einige haben das verstanden, aber leider noch nicht alle. Wir werden noch viel diskutieren und Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Ein Hinweis sei noch erlaubt, weil er wichtig ist zum Einordnen der Inhalte des Buches: Das Buch beschäftigt sich mit Großbritannien als paradigmatischem Beispiel dieses Privatisierungsfanatismus. Wir alle kennen die Geschichte des Landes und wie die Gier des Kapitals nach Privatisierung und Profitmaximierung den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land erodieren ließ und zerstörte. Wolfgang Streeck nennt es in sei-

nem Vorwort zum Buch zu Recht den Ausverkauf der Grundlagen solidarisch-bürgerlichen Wirtschaftens.

Das kennen wir auch in Deutschland, wenn der Neoliberalismus sich im politischen und wirtschaftlichen Denken durchgesetzt hat. Die Privatisierung von kommunalen Wohnungsbeständen und von Angeboten der Daseinsvorsorge wie Gas und Wasser zeigt, dass Privatisierung verteuert und die Qualität nicht unbedingt erhöht. Profitstreben bei diesen elementaren Infrastrukturen sind mehr als schädlich. Deshalb sollten wir das Buch als Mahnung begreifen und aus den aufgeführten negativen Beispielen lernen.

Und nicht zuletzt schließen sich wichtige Fragen für die Zukunft an: Sind Facebook und Google noch private Anbieter von digitalen Medien? Oder sind es im Grunde schon fundamentalökonomische Institutionen, die ebenfalls einem öffentlichen Auftrag unterliegen sollten?

Das Plädoyer für eine neue Infrastrukturpolitik bedarf darüber hinaus auch der notwendigen Investitionen in diese Infrastruktur. Das verbindet auch beide Auszeichnungen. Für den Vorschlag, massiv in die Infrastruktur zu investieren, gibt es den diesjährigen Sonderpreis.

#### **Sonderpreis – Investitionen ermöglichen!**

„Investitionen“ ist für mich das Schlüsselwort für die Zukunft unseres Landes. Wir haben einen Investitionsstau, der dringend behoben werden muss. Unsere Infrastruktur ist marode und erneuerungsbedürftig. Diese Defizite gibt es auch, weil dem Prinzip der Fundamentalökonomie zu wenig Rechnung getragen wurde.

Wir sind deshalb gut beraten, dieses Thema anzupacken. Ich freue mich sehr, dass die Gewerkschaften und die Wirtschaft in großer Einigkeit das auch so sehen.

Die Berichte des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen sehr eindringlich die Notwendigkeit und nennen konkrete Zahlen. Gefordert sind 450 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für die nächsten zehn Jahre.

Vor dem Hintergrund einer Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen in den vergangenen beiden Jahrzehnten muss es nun gelten, die Infrastruktur auf den neuesten Stand zu bringen und den aufgelaufenen Investitionsrückstand schrittweise abzubauen. Die Bewälti-

gung der demografischen Alterung und die Dekarbonisierung der Volkswirtschaft erfordern zudem in den kommenden Jahren einen gewaltigen Kraftakt. Die Infrastruktur muss an ein postfossiles Zeitalter und den für eine alternde Bevölkerung benötigten volkswirtschaftlichen Strukturwandel angepasst werden.

Die Autor\_innen versprechen sich von der Initiative wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte hinweg. Investitionen werden hier nicht als notwendiges Übel begriffen, sondern als ein Konjunkturprogramm, als ein Modernisierungsprogramm für die Zukunft unserer Volkswirtschaft, aber auch als ein stabilisierendes Element für den Erhalt unseres Wohlstandes.

Wir sind den Autor\_innen dankbar, dass sie uns als SPD in unserer Meinung bestärken, ein Investitionsprogramm zu fordern, aber auch den Weg aufzeigen, wie es funktionieren wird. Wichtig ist es mir zu betonen, dass Investitionen auch die Grundlage für Innovationen sind.

Innovationen sichern den Wohlstand von morgen, dienen aber auch der Umwelt und dem Klimaschutz. Und zu guter Letzt sind Investitionen auch zentral für den Zusammenhalt in diesem Land. Solange wir weiterhin fundamentale Ungleichheiten zwischen Stadt und Land haben, zwischen einzelnen Vierteln in unseren Städten, kann Zusammenhalt nicht wachsen und nicht bestehen.

Das Geld für Investitionen muss aber irgendwo herkommen. Gerade bei einer lahmen Konjunktur und einer eher schwierigen wirtschaftlichen Perspektive ist das eine banale, aber wichtige Erkenntnis. Die Wachstumsprognosen für dieses und nächstes Jahr zeigen eine deutliche Verlangsamung. Die neuesten Zahlen im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gehen von einer leichten Erholung der Konjunktur von 1,1 Prozent für dieses Jahr aus. Das nach einem Wachstum von 0,6 Prozent im vergangenen Jahr. 2021 soll es dann noch ein wenig besser werden mit 1,3 Prozent. Schauen und hoffen wir, dass nichts dazwischenkommt und den Optimismus dämpft.

Die Investitionen müssen verstetigt, ja sogar dynamisiert werden. Der Bund hat seine Investitionen für dieses Jahr schon deutlich gesteigert. Im Bundeshaushalt sind die investiven Maßnahmen mit 160 Milliarden Euro um ein Drittel höher als zwischen 2013 und 2017. Das wird aber nicht reichen. Deshalb darf auch die „schwarze Null“ nicht zum Fetisch werden und die Schuldenbremse nicht zur Zukunftsbremse – so haben wir es im Dezember 2019 auf unserem Bundesparteitag beschlossen.

In dem Zusammenhang möchte ich gerne den Namensgeber des Preises, Hans Matthöfer, zitieren, der 1993 in seinem Buch *Agenda 2000: Vorschläge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* schrieb: „Es werden in Zukunft nur dann zusätzliche Arbeitsplätze in ausreichender Zahl geschaffen und bestehende gesichert, wenn die Verwendungsseite des Sozialprodukts zugunsten von Investitionen umstrukturiert wird, um unter anderem die Wirtschaft umfassend zu modernisieren, Energie und Rohstoffe sparsamer zu verwenden, mehr Umweltschutz zu gewährleisten, die berufliche Aus- und Fortbildung zu fördern sowie humanere Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

Wie weitsichtig, damals schon.

Weitsichtigkeit schließt aber auch mit ein, das Coronavirus und dessen volkswirtschaftliche Folgen zu bedenken. Wir wissen letztlich noch nicht, welche Auswirkungen es auf die Volkswirtschaften global und national hat. Diese können reichen von eher schwachen bis ganz starken. Die internationalen Börsen reagieren schon. Der Arbeitsmarkt zeigt erste Anzeichen und manche Branchen geben Alarm.

Wir müssen vorbereitet sein. Olaf Scholz redet deshalb zu Recht von einem vielleicht notwendigen Konjunkturpaket. Handeln der Bundesregierung ist gefordert.

### **Schlussfolgerungen – Wirtschaftspolitik der SPD**

Welche Schlussfolgerungen leiten wir aus den Ideen und Forderungen der Preisträger\_innen ab? Wie stellen wir uns als SPD eine zukunftsfähige Wirtschaft vor, die unseren Grundwerten folgt, unserem Anspruch nach sozialer Gerechtigkeit genügt und auf Nachhaltigkeit setzt?

Ziel muss es sein, eine progressive sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu entwerfen. Es geht darum, sozialdemokratische Antworten auf die großen Herausforderungen dieses Jahrzehnts wie Digitalisierung, Klimawandel, Globalisierung, demografischer Wandel und die ungleiche Verteilung zu finden.

Uns geht es auch darum, eine normative Orientierung für eine Wirtschaftspolitik nach Überwindung des neoliberalen Zeitalters zu finden. Es geht zudem darum, Ideen für konkrete Handlungsfelder zu entwickeln wie u. a. für den gestaltenden und investierenden Staat, für strategische und ökologische Industriepolitik, für soziales und inklusives Wachstum, für Politik für einen starken (digitalen) Mittelstand, für Rahmenbedingungen für

gutes, nachhaltiges Unternehmertum, für die Demokratisierung der Wirtschaft und letztlich für Gute Arbeit.

Warum wir das wollen, haben wir mit unserem Beschluss auf dem Bundesparteitag im Dezember 2019 zur Halbjahresbilanz der Großen Koalition deutlich gemacht. Wir haben unsere Ziele für die Zukunft festgelegt und unsere Orientierung formuliert. Ich nenne eine entscheidende Passage aus dem Beschluss, um deutlich zu machen, was uns antreibt: „Wir wollen aus Wandel Fortschritt machen: technischen Fortschritt, ökonomischen Fortschritt, ökologischen Fortschritt und sozialen Fortschritt. Unser Ziel ist ein nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt immer mehr Reichtum für die Wenigen. Wir wollen, dass Menschen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung und den Klimaschutz wollen wir dafür nutzen, dass es den Menschen bessergeht.“

## Gemeinwohl

Auf einen Aspekt möchte ich zum Schluss noch eingehen, der mir besonders in diesem Kontext wichtig ist. Es geht um das Gemeinwohl als Ziel wirtschaftspolitischen Handelns.

Uns geht es darum, die Menschen zu unterstützen, die hart arbeiten, z. B. als Pfleger\_innen, Paketbot\_innen oder als Erzieher\_innen, als Feuerwehrmänner und -frauen oder als Polizist\_innen. Diese Menschen brauchen gute Löhne und anständige Arbeitsbedingungen.

Uns geht es um eine gut ausgebaute Infrastruktur, Mobilität für alle zu bezahlbaren Preisen, funktionierende und gut ausgestattete Schulen und Zugang zu einem leistungsfähigen Internet überall.

Uns geht es darum, dass Vermögende mehr als bisher herangezogen werden, um unser Land als Wirtschaftsstandort auch für unsere Nachkommen zu sichern.

Unser Land hat viele Unternehmer\_innen, die das genauso sehen und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Sie fühlen sich dem Gemeinwohl verpflichtet. Das ist gut so. Mit diesen Unternehmer\_innen-Persönlichkeiten arbeiten wir zusammen für die Zukunft unseres Landes und für das Gemeinwohl.

Das fordern übrigens auch unsere Preisträger\_innen: Die Fundamentalökonomie bietet Ansätze, wie Genossenschaften, Familien-, aber auch Großunternehmer\_innen

Beiträge leisten können, die der Gesellschaft dienen und im Dienst für die Menschen eingesetzt werden können. Das ist gelebte Corporate Social Responsibility und Verantwortung von Unternehmen. Nur so erhalten wir Wohlstand und den sozialen Frieden in unserem Land.

Ich wiederhole mich, dazu braucht es Investitionen. Nur so kann das Gemeinwohl erreicht werden.

Ich wünsche allen Preisträger\_innen, dass Ihre Ideen und Vorschläge Gehör finden und dass es viele gibt, die sie auch umsetzen. Ich werde mein Möglichstes dazu beitragen.

Herzlichen Dank!

## Laudatio

### Brigitte Preissl

Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

Der Hans-Matthöfer-Preis 2020 wird für ein Buch vergeben, das eine neue Infrastrukturpolitik fordert. Bezug genommen wird im Wesentlichen auf Beispiele aus Großbritannien und Italien. Wie die neuerdings lauter und grundsätzlicher werdenden Debatten in Deutschland zeigen, ist das Thema aber auch hier von hoher Relevanz. Die Diskussion um Errichtung, Erhaltung und Weiterentwicklung von Infrastrukturen scheint an vielen Stellen in einer Sackgasse zu stecken und droht dort erst einmal zu verharren. Was ist schiefgelaufen, und wie kommen wir da wieder heraus? Das vorliegende Buch setzt sich weitsichtig und ebenso radikal innovativ wie pragmatisch konstruktiv mit diesen Fragen auseinander und gibt wertvolle Anregungen zu deren Beantwortung.

Es beruht auf der Forschungsarbeit von mehr als 20 Forscher\_innen des Foundational-Economy-Projekts. Kon-

kret an der Erstellung des Manuskripts beteiligt waren von der Alliance Manchester Business School, Manchester University, die Professor\_innen Julie Froud, Karel Williams und der 2018 verstorbene Politikwissenschaftler Michael Moran, von der Queen Mary University in London Professor Sukhdev Johal und von der Università del Salento in Lecce Professor Angelo Salento.

Diese Liste steht für den im Buch konsequent durchgehaltenen interdisziplinären Anspruch. Die Expertise reicht von Finanzinnovationen über Management, Organisation und Unternehmensstrategie bis hin zu Politikwissenschaft und Wirtschafts- und Arbeitssoziologie. Die länderübergreifende Perspektive öffnet den Blick für die unterschiedlichen Voraussetzungen und Implikationen eines fundamentalökonomischen Konzepts in verschiedenen Ländern.



Das Buch *Die Ökonomie des Alltagslebens* plädiert für eine konsequent gemeinwohlorientierte Infrastrukturpolitik. Der Ansatz erscheint zunächst visionär und in hohem Maße idealistisch. Lässt man sich jedoch auf das Gedankenspiel ein und folgt den mutigen Plänen für eine fundamental anders konzipierte Daseinsvorsorge, sind die Vorteile schnell zu erkennen. Das Konzept folgt konsequent dem Anliegen des Hans-Matthöfer-Preises. Wirtschaft wird hier in der Tat *weitergedacht*. Es geht um ein Verlassen des ausgetretenen Pfades und um ein „So könnte es besser gehen“, was außerordentlich inspirierend wirkt. Die Foundational Economy – oder Fundamentalökonomie – ist aber kein reines Gedankenkonstrukt. Sie entspringt einer sehr konkreten Analyse der Fehler der Vergangenheit und entwickelt daraus eine alternativ aufgestellte Fundamentalökonomie. Und das wird es spannend.

Zwei Eigenschaften kennzeichnen diese neue Fundamentalökonomie:

1. Sie umfasst materielle und immaterielle Infrastrukturgüter, die von essenzieller Bedeutung für das Alltagsleben sind, etwa das, was man englisch unter „utilities“ oder deutsch unter „Daseinsvorsorge“ fassen kann. Sie schließt Dienstleistungen ein, auf die wir alle im Laufe des Lebens irgendwann angewiesen sind, wie medizinische Versorgung, Bildung, Kinderbetreuung oder Alterssicherung.
2. Zweitens gilt: Es handelt sich um Güter, auf die alle Bürger\_innen – unabhängig von Status und Einkommen – ein Recht haben sollten, da sie die Voraussetzung dafür sind, überhaupt wirtschaften und ein Leben in der Gesellschaft führen zu können.

Was Teil der fundamentalökonomischen Infrastruktur sein soll, ist Ergebnis demokratischer Abstimmung. Damit ist die neue Fundamentalökonomie ebenso ein politisches wie ein ökonomisches Projekt. Sie setzt voraus, dass die Versorgung mit fundamentalökonomischen Angeboten in ausreichender Quantität und Qualität als elementare Staatsaufgabe anerkannt wird.

Das Buch macht deutlich, dass es nicht darum gehen kann, endlich die Reparatur einer maroden Brücke in Gang zu bringen oder die Deutsche Bahn so auszustatten, dass sie für modernen Transport im Zeichen des Klimawandels gerüstet ist. Es geht auch nicht um den nächsten kleinen Rentenzuschuss für irgendeine besonders bedürftige Gruppe. Es geht um ein ganz neues Verständnis vom Umgang mit kollektiven Ressourcen, vom

nachhaltigen Wirtschaften und vom Zusammenleben im 21. Jahrhundert.

### Was ist schiefgelaufen?

In vielen Ländern Europas wurden in den vergangenen Jahrzehnten öffentliche Dienstleistungsangebote privatisiert. Klagen über eine schwerfällige Staatsbürokratie und die Überzeugung von der Notwendigkeit eines schlanken Staates waren wesentliche Treiber dieses Prozesses. Der Glaube an die Überlegenheit des Marktes war in der ökonomischen Wissenschaft ebenso wie in der Politik und den Medien so groß, dass viele Privatisierungsverfahren weder innerhalb der Verwaltung sorgfältig geprüft noch demokratisch legitimiert wurden. „Geschäftsgeheimnisse“ verhinderten oft eine wirksame parlamentarische Kontrolle.

Die Euphorie – auch und besonders unter Ökonom\_innen – war groß, denn erwartet wurde, dass die Privatisierung zu Effizienzsteigerung, mit sinkenden Kosten und Preisen sowie zu einer Innovationswelle führen werde. Es ist unbestritten, dass in vielen Bereichen Produktivitätsfortschritte erzielt wurden. Doch die Beispiele im Buch *Die Ökonomie des Alltagslebens* zeigen, dass diese weder im erwarteten Umfang in Form sinkender Preise weitergegeben noch für notwendige Investitionen in Infrastruktur und Servicequalität genutzt wurden. Dies war nicht zuletzt Ergebnis überhöhter Renditeerwartungen. Die sogenannte Finanzialisierung, das heißt die Einbindung der Geschäftstätigkeit in komplexe Finanzprodukte, deren einziges Ziel die Vermehrung der eingesetzten Finanzmittel ist, führte zu einer Ablösung der Unternehmensstrategien vom Zweck der Leistungserstellung. Ob die gelieferte Dienstleistung qualitativen Ansprüchen genügt, die gewählte Umsetzung sachgerecht und kundenfreundlich ist oder die Arbeitsbedingungen erträglich, ob die Investition langfristig zu einer besseren Versorgung führt, spielt dabei keine Rolle.

### Wie kommen wir aus dieser Situation raus?

Die Schlussfolgerung des Autor\_innenteams ist, dass es dringend geboten ist, die Aktivitäten der Fundamentalökonomie dem Gemeinwohl zu verpflichten sowie die Gestaltung der zugehörigen Angebote wieder näher an die Bürger\_innen heranzuführen.

Der Anspruch der Gesellschaft auf Leistungen der Fundamentalökonomie wird explizit auf Unternehmen ausge-

dehnt. Denn auch sie müssen darauf vertrauen können, dass fundamentale Infrastrukturleistungen vorhanden sind. Diese müssen nicht notwendig vom Staat selbst erbracht werden oder kostenlos sein. Wichtig ist aber, dass die beauftragten Agenten im Sinne des Gemeinwohls handeln und entsprechend kontrolliert werden. Zudem sollte die Finanzierung Kalkülen unterliegen, die die Kosten der Leistungserstellung plus einer verhandelten Rendite, die von den Autor\_innen mit etwa fünf Prozent veranschlagt wird, widerspiegeln und nicht die Gewinnprojektionen abstrakter Finanzprodukte. In diesem Sinne ist das Financial Engineering als Leitlinie der Geschäftsmodelle durch die Orientierung an einem moralischen Zweck zu ersetzen.

Für die Fundamentalökonomie ergeben sich hieraus folgende Prinzipien:

1. **Bürgerbeteiligung:** Die Bürger\_innen stimmen über die Prioritäten, nach denen die zu erbringenden Leistungen zu sortieren sind, ab. Es liegt auf der Hand, dass dabei lokale und regionale Belange sowie örtlich verankerte Organisationsformen eine größere Rolle spielen werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Bürgerbeteiligung verlangt aber auch, wie das Autor\_innenteam klar betont, eine gute Balance zwischen Rechten und Pflichten der Beteiligten und ein von Solidarität getragenes Anspruchsmanagement.
2. **Priorität der Politik:** Die Politik muss die Gestaltungshoheit über die Leistungen der Fundamentalökonomie zurückgewinnen. Werden private Betreiber\_innen beauftragt, muss der Staat mehr Einfluss auf deren Geschäftsgebaren nehmen. Geheimverträge ohne demokratische Kontrolle passen nicht in dieses Konzept.
3. **Finanzierung und Steuerreformen:** Bezahlbare Gebühren für die Inanspruchnahme der Infrastruktur werden auch in Zukunft als eine wichtige Quelle der Finanzierung gesehen. Darüber hinaus ist es aber unumgänglich, die in den vergangenen Jahren in fast allen Ländern sinkenden staatlichen Investitionen in materielle Infrastrukturen wieder zu erhöhen. Zudem bedürfen die geplanten Leistungen der Fundamentalökonomie erheblicher staatlicher Unterstützung. Um diese zu ermöglichen, wird eine Reform der Steuersysteme vorgeschlagen. Gerechtere Steuern auf Kapitaleinkommen, die Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken sowie höhere Vermögen- und Bodenwertsteuern bieten hohe Potenziale zur Erschließung zusätzlicher Ressourcen.

4. **Hybride Allianzen:** Die Politik alleine wird weder die Konzipierung noch die Governance der neuen Systeme bewältigen können. Hier müssen neuartige institutionelle und organisatorische Lösungen gefunden werden. Selbst wenn Politiker\_innen das Konzept mittragen, ist zu bedenken, dass durch Sparpolitik und Auslagerung die Kompetenzen für eine Erneuerung von Infrastrukturen in den Ministerien oft nicht mehr vorhanden sind. Auch besitzen Kommunalverwaltungen in Zeiten rigider Sparpolitik nicht die administrativen Ressourcen, um komplexe Neuerungen zur Stärkung der Fundamentalökonomie zu realisieren. Die Heterogenität der politischen und institutionellen Strukturen in den Ländern Europas verlangt flexible Lösungen. Die Autor\_innen sprechen von „hybriden Allianzen“, die eingegangen werden müssen, um jeweils im konkreten Fall die richtige Mischung von zentraler und dezentraler, genossenschaftlicher, privater oder öffentlicher Ausgestaltung zu finden. Daher werden zunächst lokale und regionale Experimente vorgeschlagen, um die Tragfähigkeit der gefundenen Lösungen zu testen.

Die zu bewältigenden Veränderungen scheinen gigantisch; die Lösungsvorschläge müssen für jedes Land und jedes Element der Fundamentalökonomie erst durchkomponiert werden. Sie müssen sich im Experiment bewähren und sich auf verschiedenen Ebenen der demokratischen Entscheidungsfindung durchsetzen.

Das alles sollte uns aber nicht davon abhalten, den Autor\_innen zu folgen, wenn sie die entscheidenden Fragen stellen: Wie kann es sein, dass wir uns bei allen Produktivitätsfortschritten, bei ständigem Wachstum des Sozialprodukts und immer weiter fortschreitender Technik fundamentalökonomische Güter immer weniger leisten können? Wie kann es sein, dass Solidarität als Merkmal sozialer Marktwirtschaft heute so schlecht im Kurs steht, obwohl die Gesellschaft doch insgesamt immer reicher wird. Das Autor\_innenteam des Buches *Die Ökonomie des Alltagslebens* hat sich diesen Fragen gestellt.

Wir danken Ihnen für dieses Buch!

In diesem Jahr wird neben dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ ein „Sonderpreis für außerordentliche wirtschaftspublizistische Leistungen“ vergeben. Dieser Preis geht an ein weiteres Autor\_innenteam. Dazu gehören Hubertus Bardt und Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sowie Sebastian Dullien und Katja Rietzler

vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Ausgezeichnet wird ihr Policy Paper mit dem Titel *Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!* Es räumt mit dem Irrglauben auf, nur durch schwarze Nullen, rigide durchgesetzte Schuldenbremsen und eisernes Sparen könne Generationengerechtigkeit hergestellt werden. Hier erfahren wir, das Gegenteil ist der Fall.

Zunächst wird – kaum überraschend – ein gigantischer Nachholbedarf nicht nur bei klassischen Infrastrukturaufgaben, Verkehr, Telekommunikation, Forschung und Entwicklung oder Wohnen festgestellt, sondern auch in Bezug auf die Bewältigung von Zukunftsaufgaben wie Dekarbonisierung, Bildung und die Erschließung ungenutzter Arbeitskräftepotenziale. Die Politik hat hier den Abbau von Schulden höher bewertet als die Sicherung, Modernisierung und Zukunftsfähigkeit des Produktionspotenzials. Die Folge davon ist, dass zukünftige Generationen nicht über hinreichende Voraussetzungen verfügen werden, um effizient wirtschaften und den erreichten Lebensstandard halten zu können. Schlimmer noch, mit jedem Jahr, in dem die Erneuerung des Infrastrukturkapitals vernachlässigt wird, schrumpft der öffentliche Kapitalstock unübersehbar. Dass bei extrem niedrigen Zinsen Verschuldung kaum negative und im Einzelfall sogar positive Auswirkungen auf die Staatsfinanzen hat, ist überall bekannt, außer in den Finanzministerien und bei erstaunlich vielen Ökonom\_innen (unser Finanzminister überrascht uns hier gerade mit einigen späten Einsichten).

Die vom Autor\_innenteam vorgelegte empirische Evidenz und die schlüssige Argumentation lassen ein Ignorieren des Infrastrukturdebakels aber nun nicht mehr zu. Die Botschaft lautet: „Der Staat ist hier in der Verantwortung.“

Das Policy Paper lässt die Frage „Wie soll das denn gehen?“ nicht unbeantwortet. Es wird eine konzertierte Aktion zur Investitionswende vorgeschlagen. Investitionen in die Infrastruktur sollen unabhängig von konjunkturellen und fiskalischen Motiven kontinuierlich über einen Investitionsfonds finanziert werden können. Eine langfristige Bedarfsplanung und die Ausstattung der Kommunen mit ausreichend finanziellen Mitteln sind weitere Elemente einer „Finanzierung mit ökonomischer Vernunft“. Dies könnte ein Weg aus der Sackgasse sein.

Die beiden preisgekrönten Werke konstatieren gleichermaßen einen dringenden Handlungsbedarf im Bereich

der öffentlichen Infrastruktur. In vielen Punkten weisen sie eine verblüffende Ähnlichkeit auf. Beide sehen erhebliche Mängel in der Wahrnehmung der Verantwortung für die Grundlagen des Wirtschaftens durch die Politik. Während das Buch *Die Ökonomie des Alltagslebens* die Ursachen für die Schieflage in einer radikalen Privatisierung sieht, konstatiert das Policy Paper *Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!* eine falsche Prioritätensetzung im politischen Handeln in Deutschland. Hier werden die durch Finanzialisierung verzerrten privatwirtschaftlichen Anreize kritisiert und eine Orientierung am Gemeinwohl gefordert; dort wird der einseitige Fokus auf den Schuldenabbau mit langfristig negativen Folgen für das Produktionspotenzial angeprangert und eine zukunftsorientierte Einbindung der Investitionsanfordernisse in die staatliche Finanzplanung verlangt. Neue Organisationsformen, etwa durch neue Modelle von öffentlich-privaten Partnerschaften, halten beide für notwendig, auch wenn diese wahrscheinlich sehr verschieden aussehen würden.

Der entscheidende Unterschied liegt wohl darin, dass das englisch-italienische Autor\_innenteam die Versorgung mit Gütern und Leistungen der Fundamentalökonomie durch rein marktorientierte Agenten für gescheitert hält und eine demokratische Verwaltung unter anderem mit einem starken Engagement von Institutionen der Zivilgesellschaft für notwendig erachtet. Die Autor\_innen vom IMK und IW hingegen weisen dem Markt weiterhin die entscheidende Rolle zu, fordern aber eine Umkehr in der staatlichen Investitionspolitik. Was im Policy Paper steht, könnte bei entsprechenden Einsichten der Politik übermorgen angepackt werden. Die Fundamentalökonomie anders gestalten ist ein ungleich komplexeres und radikaleres, aber vielleicht doch lohnenswertes Unterfangen. Ob die beiden Ansätze sich trotz aller grundlegenden Unterschiede gegenseitig befruchten können, wird sich vielleicht in der anschließenden Podiumsdiskussion zeigen.

## Laudatio

### Thomas Fricke

Direktor des Forum New Economy, Kolumnist bei *Der Spiegel*, Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

Vielen Dank an alle Vorredner\_innen. Eine Kleinigkeit würde ich gern noch ergänzen: Natürlich gab es für uns als Jury – Brigitte Preissl hat das sehr schön dargelegt – viele inhaltlich-fachliche Gründe, das Gutachten vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) mit dem Sonderpreis zu würdigen. Es ist eine großartige Quelle für viele Daten und Argumente, etwa dahingehend, dass es sinnvoll ist, einen längerfristigen Investitionsplan zu machen, damit etwa in der Bauwirtschaft auch entsprechend dauerhaft neue Kapazitäten aufgebaut werden, die in der Vergangenheit oft fehlten.

Eine Hauptmotivation für diese Preisvergabe war für uns aber auch, dass wir ganz bewusst würdigen wollten, dass sich da zwei Forschungsinstitute mit sehr unterschiedlichem Hintergrund zusammengetan haben, von denen

man das nicht unbedingt erwarten würde. Ich weiß nicht, ob man das sagen kann, aber es ist historisch sicher das erste Mal gewesen, dass ein arbeitgeber- und ein gewerkschaftsnahes Institut so ein gemeinsames, politisch relevantes Papier erstellt haben. Das ist im aktuellen Kontext hoch relevant. Und es entspricht dem Anspruch des Hans-Matthöfer-Preises, „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ zu würdigen, indem es alte dogmatische Grenzen bricht.

Jetzt ist das natürlich kein Selbstzweck. Es passt aber in die Zeit, in der viele lange gehegte ökonomische Wahrheiten wackeln – und wo vieles neu gedacht werden muss. Und wo mancher alte Reflex nicht mehr wirklich hilft. Einfach stoisch auf die viel zitierten Kräfte des Marktes zu zählen, wie das lange Zeit als hohe Kunst galt, hilft eben wenig, wenn der Markt es offenbar nicht schafft, wichtige langfristige Investitionen zu generieren – oder



private Investor\_innen hinreichend dazu zu bewegen, in ein klimaneutrales Wirtschaften zu investieren.

Es ist vor diesem Hintergrund, glaube ich – und ich darf das auch bei diesem festlichen Anlass ansprechen –, ein offenes Geheimnis, dass Michael Hüther für die Arbeit an diesem Gutachten nicht nur 100-prozentige uneingeschränkte Zustimmung bekommen hat, um es vorsichtig auszudrücken. Es gab aus dem Lager der Unternehmensverbände im Gegenteil sogar Protestbriefe.

Daher möchten wir mit der Verleihung des Preises ganz ausdrücklich dieses Ausbrechen aus alten Reflexen würdigen und herausstellen – und dies auch für beide Seiten. Ganz nach dem Motto: Wenn sich die Welt und ihre Probleme ändern, brauchen wir auch andere Maßnahmen und Instrumente. Und wir leben einfach in einer Zeit, in der sich ganz neue Herausforderungen ergeben und neue Fragen stellen, deren Antworten man aus den herrschenden Deutungsmustern der Ökonomie in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr unbedingt ableiten kann.

Das gilt, wenn es um den enormen Bedarf an Investitionen in die öffentliche Infrastruktur geht, ebenso wie bei dem Thema Ungleichheit von Einkommen und Vermögen; oder was die Instabilität von Finanzmärkten betrifft. Auch die Globalisierung ist nicht erst durch die Corona-Krise in einer kritischen Phase. Und: Es gibt heute einen ganz massiven Vertrauensverlust in die Globalisierung und die soziale Marktwirtschaft. All das wird mit dem reflexartigen Ruf nach dem Markt nicht gelöst werden können. Es macht vielmehr ein Umdenken über die unmittelbaren politischen Grenzen hinaus nötig.

Dass sich solche Paradigmen je nach historischer Lage über das politische Spektrum hinweg verschieben können, zeigt sehr schön das Beispiel der unmittelbaren Nachkriegszeit. Wenn man sich vor Augen führt, wie die deutsche Wirtschaft in der Nachkriegszeit organisiert war, ist das aus heutiger Sicht bemerkenswert: Damals gab es einen hochregulierten Bankensektor, hochregulierte Finanzmärkte, ein dirigistisches Währungssystem. Während der Wirtschaftswunderzeit wurde die Vermögensteuer eingeführt. Es gab einen Spitzensteuersatz von weit über 50 Prozent. All das würde man mit den marktliberalen Denkmustern der jüngsten Vergangenheit bestenfalls am linken Rand der Linkspartei verorten. Nach damaligem Maßstab war das aber nicht besonders links. Es wurde in Deutschland umgesetzt von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, in Frankreich von Charles de Gaulle – alles Konservative.

Was ich daran so interessant finde, ist die Botschaft, dass unterschiedliche Zeiten auch unterschiedliche Maßstäbe und Paradigmen haben – und teils auch brauchen –, die auch ideologische Grenzen verschieben. In der Nachkriegszeit hat man die Lehren aus den Desastern gezogen, die der Marktliberalismus im 19. Jahrhundert und in seinen Spätfolgen in den 1920er und 1930er Jahren verursacht hat. Da lag eine viel stärker regulierende Politik auf der Hand, und das war damals eben auch für die CDU ganz offenbar. Und ich glaube, wir leben jetzt in einer Zeit, in der wir wieder einen solchen Wechsel erleben und wo offenbar wird, dass viele Rezepte, die in den vergangenen 20 bis 30 Jahren dominiert haben und teilweise am Ende auch von Rot-Grün mitgetragen wurden, heute nicht mehr passen.

Genau das spiegelt sich in dem Papier, das wir mit dem Sonderpreis würdigen wollen: Die veränderten Umstände, die neuen Herausforderungen, die wir haben, fordern auch neue Antworten über die alten ideologischen Grenzen hinweg. Unsere Ambition war, genau das zu loben. Dass sie sich zusammengesetzt und viel diskutiert und gefeilt haben, um unterschiedliche Positionen auf einen Nenner zu bringen. Und dadurch gezeigt haben, dass es möglich ist, auf dem Wege für diese neuen Zeiten auch neue Antworten zu finden. Das hat natürlich Potenzial, in die politische Arbeit der Sozialdemokratie einzufließen. Aber es ist auch gut, weil es die Debatte darüber hinaus aufzubrechen verspricht – und schon aufgebrochen hat. Immerhin ist das Ergebnis gemeinsam vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgestellt worden.

Herzlichen Glückwunsch!

## Dankesrede

### Julie Froud

Foundational Economy Collective

Vielen Dank!

Ich freue mich sehr, diesen Preis für das Foundational Economy Collective entgegenzunehmen. Einige von uns sind heute hier: meine Mitautoren Leonhard Plank, Angelo Salento und Karel Williams. Später werde ich noch etwas mehr zu unserem Kollektiv sagen, aber an dieser Stelle möchte ich zunächst unseres Freundes und Mitautors Michael Moran gedenken, der an dieser Auszeichnung seine Freude gehabt hätte.

Üblicherweise beginnt man eine solche Rede mit Dankesbekundungen. Da das Kollektiv aber aus über 20 Mitgliedern besteht, die alle Mütter, Partner\_innen, Kinder und so weiter haben, müssen wir hier politisch bleiben und uns kurz fassen. Daher können wir nicht

jede\_n anführen, die oder der zu unserem Unterfangen beigetragen hat, sondern beschränken uns auf drei Danksagungen an unsere verschiedenen Freund\_innen und Unterstützer\_innen, ohne die wir heute nicht hier wären:

Als Erstes danken wir der Friedrich-Ebert-Stiftung und ihrer Jury für diese Ehre. Nicht alle Überraschungen sind gut, aber diese war eine wirklich erfreuliche Überraschung. Wir hoffen, dass unser Buch zusammen mit seiner Auszeichnung durch Sie dazu beitragen wird, unser gemeinsames Ziel zu erreichen, nämlich die Infrastruktur, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist, in den Blickpunkt zu rücken. Besonders glücklich sind wir darüber, einen Preis zu gewinnen, mit dem der Versuch gewürdigt wird, die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf



konstruktive Weise zu beeinflussen. Denn genau das untermauert die Ziele des Foundational Economy Collective.

Unser nächster Dank gilt unserem deutschen Verleger, dem Suhrkamp-Verlag, und unserem Lektor Heinrich Geiselberger. Heinrich unterstützte uns unbekannte Autor\_innen, deren Buch gerade auf Englisch bei Manchester University Press erschienen war, und unternahm dann zusammen mit unserem Kollegen Leonhard große Anstrengungen, damit die Übersetzung auch bis ins kleinste Detail richtig wurde.

Und nicht zuletzt danken wir Wolfgang Streeck, der das Manuskript las, die Ideen unterstützte und ein wunderbares Vorwort für das Buch schrieb, das ganz erheblich dazu beitrug, unsere Ideen der deutschen Leserschaft näherzubringen.

Oft gehen bei Büchern und Filmen der Sinngehalt und die Relevanz in der Übersetzung und bei dem Versuch verloren, ein neues Publikum zu erreichen. Aber dank Heinrich und Wolfgang gewann unser Buch durch die Übersetzung noch dazu, weshalb diese Auszeichnung ihnen genauso gebührt wie uns. Vielen Dank also!

### **Nun aber einige Erklärungen dazu, wer wir sind und was wir mit unserem Buch erreichen wollen**

Normalerweise gehen Preise an Einzelpersonen oder an Institute. Deshalb werde ich zunächst erklären, was das Foundational Economy Collective ist. Wir sind eine internationale, weitgehend informelle und ohne finanzielle Unterstützung arbeitende Gruppe von über 20 Wissenschaftler\_innen aus einem halben Dutzend europäischer Länder. Jedes Jahr treffen wir uns in einem anderen europäischen Land – vergangenes Jahr in Brüssel und dieses Jahr im walisischen Cardiff –, um zusammen mit Fachleuten aus Praxis und Politik unsere Themen zu debattieren und weiterzuentwickeln. In der ersten englischen Ausgabe des Buches von 2018 wurden 22 Kollektivmitglieder namentlich genannt. Inzwischen ist das Kollektiv noch größer geworden.

Die Kollektivmitglieder kommen aus den verschiedensten Disziplinen – aus der Soziologie, der Sozio-Ökonomie, dem kritischen Controlling, der Politikwissenschaft, der Wirtschaftsgeografie und vielen anderen –, und wir alle interessieren uns für die Wirtschaft. Und vielleicht fragen Sie sich, wie eine so bunt gemischte

Gruppe den Hans-Matthöfer-Preis für „neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen“ gewinnen konnte.

Als wir im Jahr 2013 ein Arbeitspapier schrieben, das wir ziemlich hochgestochen als „Manifest für die Fundamentalökonomie“ bezeichneten, hatten wir eine große Idee. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch andere Akteur\_innen versuchten und versuchten immer, dafür zu sorgen, dass „die Wirtschaft funktioniert“. Aber es gibt verschiedene Formen von Wirtschaft – darunter eine marktfähige Wettbewerbswirtschaft und eine Fundamentalökonomie, bei der es unter anderem um Rohrleitungen und Kabel für die Wasser- und Stromversorgung, um Verkehrsmittel, das Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungswesen geht. Und diese so wesentlichen Güter und Dienstleistungen wurden vernachlässigt und abgebaut. Wir wollten nicht nur verstehen, warum und wie das passiert ist und welche Folgen das hat, sondern auch auf konstruktive Weise darüber nachdenken, wie diese Infrastruktur des Alltagslebens erneuert werden könnte.

Seitdem haben wir die Philosophie übernommen, die VW beim Golf verfolgt: die Wiedererkennbarkeit des Produkts bewahren, es aber kontinuierlich mit neuen Modellen weiterentwickeln – aus dem Golf Mk1 von 1974 wurde der Golf Mk8 von 2020. In Analogie dazu geht der diesjährige Hans-Matthöfer-Preis an das 2018er Modell der Fundamentalökonomie, das wie jedes neue Modell mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet wurde:

- mit einem kurzen historischen Abriss, wie sich die Fundamentalökonomie (vom Leitungswasser über Kanalisation bis hin zur universellen Gesundheitsfürsorge) grob gefasst zwischen 1880 und 1950 entwickelte – vielleicht halten wir all diese Dinge manchmal für selbstverständlich, aber sie haben immerhin die Lebenserwartung der Menschen um 20 Jahre erhöht;
- mit einem umfangreichen rechnerischen Argument darüber, wie Privatisierungen und Outsourcing die Fundamentalökonomie durch profitorientierte Geschäftsmodelle verschlechterten und wie dabei auch die Kompetenzen und Fähigkeiten des Staates beeinträchtigt wurden;
- mit einem politischen Argument darüber, inwieweit die sozialen Bürgerrechte einen Anspruch auf fundamentale Dienstleistungen begründen;

- und mit einem spekulativen letzten Kapitel darüber, wie das Vorantreiben einer fundamentalen Erneuerung mit neuen Handelsweisen einhergehen müsste.

Als wir das Buch schrieben, hegten wir die Hoffnung, dass sich sowohl die politisch Verantwortlichen als auch diejenigen, die in der Praxis für die Planung und Bereitstellung von Dienstleistungen zuständig sind, von dem, was wir schrieben, angesprochen fühlen.

### **Inwieweit betrifft all dies die deutsche Debatte über Infrastruktur?**

Überall in Europa sind fundamentale Dienste auf unterschiedliche Weise organisiert; es gibt verschiedene Besitzverhältnisse und die Bürger\_innen haben auf ganz unterschiedliche Weise Zugang zu diesen Diensten. Deshalb ist es sehr ermutigend, dass unsere Ideen in verschiedenen europäischen Ländern Anklang finden, und deshalb sind – wie in Deutschland, Italien oder Spanien – auch die Übersetzungen sehr wichtig. Aus Großbritannien stammend denken wir immer, dass wir die Ersten waren, die einen Großteil der materiellen und sozialen Infrastruktur unseres Landes zerschlugen und entwerteten. Deshalb war es nicht wirklich eine gute Nachricht, dass die Ideen aus unserem Buch auch in Deutschland thematisiert werden mussten.

Es scheint, als wäre in Deutschland gerade eine nationale Debatte über die eigene vernachlässigte Infrastruktur im Gange. Das wird auch daran deutlich, dass unsere Mitgewinner\_innen Wirtschaftswissenschaftler\_innen sind, die über diese infrastrukturelle Vernachlässigung berichteten und zu dem Schluss kamen, dass in den nächsten zehn Jahren 450 Milliarden Euro investiert werden müssten, um das Versäumte nachzuholen.

Auch wir sind der Ansicht, dass dieser Fokus auf Infrastruktur wichtig ist, und es spornt uns an, dass diese Debatte geführt wird. Wir sind aber auch der Meinung, dass es wichtig ist, Infrastruktur auf eine breiter gefasste, sozialere Weise zu definieren. Infrastruktur besteht nicht nur aus gebauten Strukturen und materiellen Systemen, sondern beinhaltet aus unserer fundamentalen Sicht auch Versorgungssysteme wie die Betreuung von alten Menschen, von Kindern und anderen Hilfsbedürftigen sowie gesellschaftliche Infrastrukturen wie öffentliche Parkanlagen, Büchereien und gemeinschaftlich genutzte Räume, die zur Gesundheit und zum Wohlergehen der Allgemeinheit beitragen.

Die Entscheidungen in diesem Bereich haben eine wirtschaftliche Dimension – wir können diesbezüglich über das benötigte Kapital, Geschäftsmodelle, Lieferketten und so weiter nachdenken, aber es geht dabei auch um soziale Werte. Sollte es bei der Erwachsenenbetreuung neben den biomedizinischen Bedürfnissen nicht auch um soziale Interaktion gehen? Als wir Bürger\_innen in Großbritannien über ihre Wohnorte befragten, beklagten sie sich genauso sehr über den Zustand ihrer öffentlichen Parks wie über die Verkehrsinfrastruktur.

Beim Hans-Matthöfer-Preis geht es auch um die Förderung von Pluralismus, und genau das tun Sie mit den heutigen Auszeichnungen. Keiner von uns hat die nötigen Lösungen allein parat, aber durch das Zusammenbringen verschiedener Perspektiven wird es uns eher gelingen, mehr Dinge richtig zu machen.

### **Wie und wohin geht es nun also weiter in Anbetracht der Tatsache, dass wir dieses Buch schon vor fast zwei Jahren schrieben?**

Wohin führt fundamentales Denken und Handeln als Nächstes? In der Praxis hängt das von den Planenden und politisch Verantwortlichen an Orten wie Barcelona und Wales ab, die damit experimentieren, einen ausdrücklich fundamentalökonomischen Ansatz in ihre Politik zu integrieren. Aber was ist mit den wissenschaftlich Denkenden?

Wir verfolgen nach wie vor einen Ansatz, der nicht zurückblickt, um die Welt wieder so aufzubauen, wie sie einst war. Wir würdigen die Errungenschaften des von oben nach unten entschiedenen Bau- und Planungswesens; wir sehen aber auch, dass nicht vorgenommene Reparaturen und Neuinvestitionen für die Bürger\_innen alle möglichen Probleme schaffen. Gleichzeitig versuchen wir, das Ganze als ein Problem der Erneuerung unserer fundamentalen Infrastruktur zu definieren, und zwar als eine zukunftsfähige Erneuerung, mit der wir dem Klimawandel entgegenwirken sowie den nötigen Schutz der Natur und Artenvielfalt sicherstellen und nicht die Grenzen unseres Planeten überschreiten. Dabei erkennen wir aber auch an, dass Menschen soziale Wesen mit allen möglichen Bedürfnissen sind. Dies ist eine riesige politische Herausforderung, die der Zustimmung und Beteiligung der Bürger\_innen bedarf. Zudem erfordert sie Bündnisse aller Art, auch zwischen politischen Parteien, da wir viele der Systeme unserer Lebens- und Arbeitsgemeinschaften ändern.

Wir hoffen, dass unser Kollektiv einen Beitrag dazu leisten kann, indem es diese Verbindungen zwischen den politisch Verantwortlichen, den Planenden, der Wissenschaft, den sozial Aktiven und anderen Menschen herstellt, die fundamentale Dienste wie das Wohnungswesen, den öffentlichen Verkehr, Nahrung und Pflege in den Mittelpunkt ihrer Agenda rücken. In Wien, Barcelona, Hamburg und Wales gehen gerade ermutigende Dinge vor sich. Wir hoffen, dass das Finden einer gemeinsamen Sprache und eines Rahmens für den fundamentalökonomischen Ansatz bei dieser fortdauernden Aufgabe helfen wird.

Und wenn das wie eine zu große Herausforderung klingt: „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“, indem wir immer wieder neu über die Art und Weise nachdenken, in der wir die Wirtschaft messen; aber das ist ein Kapitel für das nächste Buch, und ich schließe heute damit, mich nochmals bei Ihnen für die Würdigung unseres letzten Buches zu bedanken.

## Dankesrede

### Sebastian Dullien

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, sowie Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaft, an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin

Ich freue mich sehr, dass wir heute hier den Hans-Matthöfer-Preis verliehen bekommen, und ich möchte mich ganz herzlich – auch im Namen meiner Kollegin Katja Rietzler, die heute leider nicht kommen kann – für die Wahl der Jury bedanken.

Den Hans-Matthöfer-Preis zu erhalten ist eine große Ehre. Hans Matthöfer ist eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus einfachem Haus wurde er Unternehmer, studierter Ökonom, Gewerkschafter und Bundesminister in einer Reihe wichtiger und zentraler Ministerien in Zeiten großer ökonomischer Unsicherheit und Ungewissheit darüber, welche wirtschaftspoli-

tischen Maßnahmen unser Land in die Zukunft führen könnten. Das verdient großen Respekt.

Aus meiner Sicht ist es sehr passend, dass wir gerade für unseren gemeinsam vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erarbeiteten Vorschlag den nach Hans Matthöfer benannten Preis bekommen. Das, was wir vorschlagen, steht klar in der Tradition Hans Matthöfers. Hans Matthöfer setzte sich in seiner Zeit als Bundesfinanzminister für die Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland ein, mit einem festen Fortschrittsglauben und der Überzeugung, damit das Land voranzubringen. Gleichzeitig aber wandte sich



Hans Matthöfer ab 1980 in der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt dagegen, eine Ausweitung des Sozialstaates über höhere Neuverschuldung zu finanzieren. Einer der Gründe war, dass im damals aktuellen Zinsumfeld eine schuldenfinanzierte Expansion der Sozialausgaben nicht nachhaltig gewesen wäre.

Dieser Ansatz ähnelt unserem Vorschlag. IMK und IW argumentieren gemeinsam, dass – im aktuellen Umfeld rekordniedriger Zinsen – der Staat mehr Schulden aufnehmen sollte, um mit dem Geld Deutschlands Infrastruktur und Bildungssystem zu modernisieren, nicht aber für höhere Sozialleistungen oder Steuersenkungen für die Reichen. Wie Hans Matthöfer setzen wir damit auf eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die das Land voranbringt, gleichzeitig aber auf die Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung achtet.

Aber der Hans-Matthöfer-Preis ist auch noch aus einem anderen Grund aus meiner Sicht sehr passend für dieses Kooperationsprojekt von IMK und IW: Hans Matthöfer steht für die Zeit des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein ganz wichtiges Element für den deutschen wirtschaftlichen Erfolg in dieser Zeit war die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Diese Sozialpartnerschaft hat dafür gesorgt, dass einerseits der soziale Frieden in Deutschland gewahrt blieb – über Jahrzehnte hatten wir so wenig verlorene Streiktage wie kaum eine andere größere Volkswirtschaft in Europa. Zum anderen konnten die breiten Beschäftigtenschichten am wachsenden Wohlstand teilhaben. Diese Kombination ermöglichte nach 1945 eine unglaubliche Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft und beeindruckende Wachstumsraten.

Mit unserem Vorschlag für eine Investitionsoffensive, der Übernahme der Kernforderungen durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Schub, den dieser Vorschlag der deutschen Debatte um mehr Investitionen gebracht hat, haben wir gezeigt, dass auch heute noch die Sozialpartner in der Lage sind, die Diskussion in Deutschland zugunsten einer besseren Zukunft zu beeinflussen.

Herzlichen Dank!

## Dankesrede

### Michael Hüther

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, sowie Honorarprofessor für Volkswirtschafts-politik an der EBS Business School in Oestrich-Winkel

Ich bedanke mich für den Hans-Matthöfer-Sonderpreis für Wirtschaftspublizistik, den Sie uns für die gemeinsam mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erarbeitete Studie *Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!* zuerkennen. Es war eine motivierende Erfahrung dafür, wie jenseits von normativen Ankeren, ohne die wir Ökonom\_innen uns kaum an Öffentlichkeit und Politik wenden können, eine fruchtbare Zusammenarbeit gelingen kann. Mein Dank gilt dabei Katja Rietzler, Hubertus Bardt und Sebastian Dullien.

Es hat für mich aber auch eine besondere Bedeutung, eine nach Hans Matthöfer benannte Auszeichnung zu erhalten. In der Phase meiner politischen Sozialisierung

während der gymnasialen Oberstufe gehörte er zu jenen Persönlichkeiten, die – wie vor allem Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Herbert Wehner, Richard von Weizsäcker – mir durch ihre Kraft der Rede und der verantworteten, erklärten Handlung zum Inbegriff demokratischer Kultur wurden.

Hans Matthöfers Reden waren nüchtern und frei von Pathos, doch klar in der Linie ihrer Argumentation. Die Konflikte, die er anzunehmen hatte, waren wie heute in der nicht immer einfachen, nicht immer eindeutigen Abwägung langfristig solider Finanzpolitik verortet. Sie spiegeln damit die für preiswürdig erachtete Arbeit, freilich in einer anderen Zeit und unter histo-



Michael Hüther

risch anderen Bedingungen. Gestatten Sie mir drei Gedanken, die eher im Grundsätzlichen unsere Studie betreffen. Sie beziehen sich auf die Grenzüberschreitung der Preisverleihung für eine Grenzüberschreitung in der Ökonomik.

### Zur Normativität der Ökonomik in der wirtschaftspolitischen Beratung

Reden Ökonom\_innen über Wirtschaftspolitik, dann ist Streit programmiert, jedenfalls dann, wenn es um wirtschaftlich verursachte Krisen geht und bereits deren Analyse standpunktbezogen unterschiedliche Einschätzungen begründet. Dahinter steht, dass wir trotz allen Bemühens, den normativen Einfluss in der wirtschaftspolitischen Debatte zu reduzieren, nicht umhinkommen, diesen wertbezogenen Kompass anzuerkennen und offenzulegen. „Werturteile sind – in Fragen der Wirtschaftspolitik – unvermeidbar. In der offenen Diskussion wäre es ein Fehler, sie zu kaschieren. Man wird sie so oder so herausfinden. Also ist es besser, gleich offene Farbe zu bekennen und zu erklären, wo man im Spannungsfeld der Werte steht“, so Herbert Giersch.<sup>1</sup>

In diesem Sinne ist die wirtschaftspolitische Forschung am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sich ihrer normativen Bedingtheit bewusst, was die Klärung des Menschenbildes und die Bewertung von Freiheit sowie (Mit-)Verantwortung im gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Geschehen betrifft.<sup>2</sup> Doch jenseits dieser Anker sollte es uns in einer problembezogenen Analyse möglich sein, gemeinsam zu Einschätzungen über die relevanten Wirkungszusammenhänge, daraus folgende Probleme und denkbare Antworten der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu gelangen.

In Fragen der öffentlichen Finanzen hat sich seit der Entwicklung der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik durch den Sachverständigenrat (zuerst im Jahresgutachten 1976/77) der Streit auf die Frage konzentriert, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen eine ausgabenseitige Haushaltskonsolidierung gesamtwirtschaftliche Impulse über einen stärkeren Wachstumstrend generieren kann. Dem stand die mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 grundsätzlich etablierte

keynesianische Argumentation entgegen, die auf das verlässliche Versprechen stabiler gesamtwirtschaftlicher Auslastung setzt.

Diese Auseinandersetzung musste uns im Jahr 2019 nicht trennen, weil die erreichte Konsolidierung des Staatshaushalts im Sinne der Maastrichter Kriterien der Eurozone sowie der Vorgaben der grundgesetzlichen Schuldenbremse eine andere Frage in den Mittelpunkt rückte: Sind wir für die vor uns liegenden Herausforderungen im Strukturwandel durch Digitalisierung, demografische Alterung und Dekarbonisierung gesamtwirtschaftlich gut aufgestellt? Haben wir die Kraft, die notwendigen Innovationen und Investitionen – eingedenk der Forschungen von Mariana Mazzucato<sup>3</sup> – im Miteinander staatlicher Vorleistungen und privater Findigkeit sowie Dynamik auf den Weg zu bringen?

Wenn man die dabei oft ganz selbstverständlich genannten investiven Herausforderungen auf staatlicher Seite ins Auge fasst und gleichzeitig die Regelungen der Schuldenbremse betrachtet, dann war bei ideologiefreier Analyse schnell festzustellen, dass es auch neuer Wege bedarf, um das klug zu finanzieren. Dies galt umso mehr, weil seit fast einer Dekade der langfristige Zins auf deutsche Staatsanleihen unter der Zuwachsrate für das nominale Bruttoinlandsprodukt lag. Der intergenerative Konflikt ist damit – soweit die Prognosen plausibel tragen<sup>4</sup> – grundsätzlich entschärft. Und bei veränderter Sachlage – Maastricht-Kriterium für die Schuldenstandsquote erfüllt und  $r < g$  – sind auch veränderte Bewertungen angezeigt: Die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen ist der zuträgliche Weg.

So einfach ist es, wenn Ökonom\_innen tun, was man von ihnen verlangen kann: vorurteilsfrei auf Fakten und Theorien schauen, Ableitungen vornehmen und entsprechend transparent Position beziehen. Als Verrat an der eigenen Wertebasierung kann das nur erscheinen, wenn man sich der veränderten Datenlage nicht stellen will oder wenn selbst die Einordnung der für wichtig erachteten Grundsätze solider Haushaltspolitik in historisch neue Bedingungen suspekt erscheint. Und Position zu beziehen bedeutet ja nicht, Wahrheit zu beanspruchen, sondern zum kritischen Diskurs einzuladen. Denn „eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist

1 Giersch, Herbert 2006: Marktökonomik für die offene Gesellschaft (1999), in: Giersch, Herbert: Die offene Gesellschaft und ihre Wirtschaft, Hamburg, S. 54.

2 Vgl. IW o. J.: Wissenschaftsverständnis, <https://www.iwkoeln.de/institut/kompetenzfelder.html> (14.5.2020).

3 Mazzucato, Marianna 2014: Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München; im Jahr 2016 mit dem Hans-Matthöfer-Preis ausgezeichnet.

4 Vgl. von Weizsäcker, Carl Christian; Krämer, Hagen 2019: Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert: Die Große Divergenz, Wiesbaden.

keine“, so Helmut Schmidt. Und da gehören auch wir Ökonom\_innen mittenrein. Was aber nur geht, wenn wir „Farbe bekennen“.

### **Absage an einfache Wahrheiten, Tabus, Klischees**

Die Herausforderung kreativer wirtschaftspolitischer Auseinandersetzung kann nur gelingen, wenn wir uns – wie im ersten Punkt dargelegt – nicht scheuen, unsere normativen Anker kenntlich zu machen. Doch entscheidend ist ebenso, dass wir die Kraft zur Revision der eigenen Meinung haben, nicht bequem einfachen Wahrheiten unterliegen oder Klischees bedienen, aus Angst, Tabus zu brechen. Als Wissenschaftler\_innen dürfen wir keine Tabus akzeptieren, denn sie kommen Denkverboten gleich und suggerieren, dass es zu bestimmten Argumenten und Entscheidungen keine Alternativen gebe. Doch es gibt immer Alternativen, es geht indes um die Frage, mit welchen Kosten sie verbunden sind.

Klischees und Stereotype werden gern zugeschrieben, weil es dann einfach fällt, Positionen abzulehnen, anstatt sie kritisch und sachlich abzuwägen. Interessant hierzu ist die Antwort Matthöfers in einem Interview im Jahr 1999 auf die Frage nach dem Wert der Begriffe „links“ und „rechts“: „Ich kann damit gar nichts anfangen. Ich frage mich stattdessen immer, ob etwas vernünftig ist. Zugegeben, unterschiedliche Leute haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was vernünftig ist, aber ich frage wirklich nicht danach, ob eine bestimmte Ansicht links oder rechts anzusiedeln ist, sondern ich frage danach, welche Wirkungen eine bestimmte Entscheidung hat, ob das vernünftig ist und vor allem ob die Wirkung, die eine bestimmte Entscheidung zeitigt, auch tatsächlich die Wirkung ist, die man erzielen möchte.“<sup>5</sup>

Entsprechend argumentierte in früheren Zeiten der Sachverständigenrat: „Die Ratio des Sachverständigenrates ist es nicht, dass vorgefasste Meinungen zu einem Gutachten zu addieren sind, sondern dass unterschiedliche Positionen nach den Regeln einer wissenschaftlichen Diskussion auf Integrationsmöglichkeiten überprüft und dass sie im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Ziele, die das Gesetz dem Sachverständigenrat vorgibt, bewertet werden sollen. (...) Wissenschaftliche Arbeit beruht auf Tatsachenwissen, Schätzurteilen und Logik. Dass Werturteile sich allenthalben einmischen, gilt als

unbestritten. Aber Wissenschaftler können sich – sind sie bereit, ein Problem zu Ende zu diskutieren – wechselseitig dazu zwingen, ihre Auffassungsunterschiede auf Unterschiede in ihren Schätzurteilen zu reduzieren.“<sup>6</sup>

So sollte es sein, wird jede\_r vernünftigerweise sagen. Doch so ist es leider nicht, und zwar auf allen Seiten des politischen und gesellschaftlichen Spektrums. Wahre Größe jenseits der Denkverbote ist jedenfalls seltener anzutreffen, als sie vorgegeben wird. Wenn es darum geht, lange eingeübte Positionen als Persönlichkeitsmerkmal auszuprägen, dann ist wenig Raum für Veränderung und Fortschritt. Norbert Lammert wies jüngst in einem anderen Kontext darauf hin: „Es geht hier wohl auch um den sehr menschlichen Effekt, dass man einmal bezogene Positionen nur ungern revidiert.“<sup>7</sup> Da ist die wissenschaftliche Politikberatung gefordert, und zwar durch mutige Grenzüberschreitungen.

Wir stehen – so wird allenthalben betont – vor dem größten Strukturwandel unserer Volkswirtschaft seit Langem. Die genannten Treiber der Veränderungen – Digitalisierung, demografische Alterung und Dekarbonisierung – machen dies deutlich. Dann aber ist Mut und Tatkraft verlangt, jedenfalls keine hasenfüßige Angst vor dem Neuen. Die Wirtschaftspolitik muss hier voranschreiten, versuchen und austesten, gegebenenfalls revidieren. Wie sollte es anders gelingen? Das, was für Unternehmer\_innen gilt, das gilt in unseren Zeiten erst recht für die politische Beratung sowie Politik.

### **Debatte können, Position beziehen, Unabhängigkeit wahren**

Aus dem bisher Gesagten folgt, dass Grenzüberschreitungen mehr denn je Not tun. Dafür spricht einerseits, dass wir angesichts zunehmender Komplexität und Verbundenheit immer weniger Anlass haben, auf einfache Wahrheiten und Rezepte zu hoffen. Andererseits verlangt dies umso mehr Demut und die Einsicht in die Begrenztheit unserer Erkenntnis. Grenzüberschreitungen sind auch ein Versuch, mit den gestiegenen Komplexitäten umzugehen. Wir haben heute mehr Zweifel und weniger Gewissheit.

5 Vgl. Alpha – ARD Bildungskanal 2011: Hans Matthöfer im Gespräch mit Klaus Kastan (1999), <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/hans-matthoefers-gespraech100.html> (14.5.2020).

6 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1981: Jahresgutachten 1981/82: Investieren für mehr Beschäftigung, <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/0901061.pdf> (14.5.2020), S. IIIff.

7 Vgl. Roßmann, Robert 2020: Lammert kritisiert Merkels Widerstand gegen Corona-Bonds, in: Süddeutsche Zeitung, 7.4.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/norbert-lammert-corona-bonds-merkel-1.4871400> (14.5.2020).

Wer hat uns schon im Studium erklärt, dass eine Epoche der Geldpolitik ansteht, eine Epoche, in der expansive geldpolitische Interventionen die wirksamste Antwort an die Finanzmärkte sind? Wer hat uns eine Zeit erwarten lassen, in der Kapital nicht mehr knapp, sondern vor allem demografiebedingt im Überfluss vorhanden sein könnte mit der Folge säkular niedriger Zinsen? Wer hat erwarten können, dass der Fortschritt der Globalisierung diese selbst in Verruf mehr bringt, anstatt ihre Vorteile kritisch zu würdigen? Wer konnte abschätzen, dass die digitale Transformation fundamental Geschäftsmodelle infrage stellt und den Weg zu inkrementellen Verbesserungen und Innovationen zunehmend verstellt?

Kurzum: Die Dynamik und die Qualität des Strukturwandels sind beachtlich. Da ist vielfach nach neuen, unkonventionellen Erkenntnissen und Lösungen zu fragen. Das verlangt aber vor allem eine ausgesprochene Bereitschaft zum offenen, wohlwollenden und kritischen Diskurs. Wenn wir allerdings damit anfangen, uns ge-

genseitig unsere in Fragen der Wirtschaftspolitik unvermeidbaren normativen Anker vorzuwerfen, dann wird das nicht gelingen. Was wir verlangen müssen, das ist die Offenlegung unserer Werte, dass wir „gleich offen Farbe (...) bekennen und (...) erklären, wo man im Spannungsfeld der Werte steht“.

Dann kann der Diskurs gelingen, nicht weil man unverrückbar Position bezieht, sondern weil man Angebote macht, argumentativ Fenster öffnet, neue Lösungsräume betritt. Das ist freilich mit Risiken begründet, die aus Vereinfachung, Ignoranz oder mangelnder Differenzierungsfähigkeit sowie -bereitschaft resultieren. Dann wird man im Positiven wie im Negativen vereinnahmt, wo doch vor allem unabhängiges Denken und Argumentieren gefordert sind. Hans Matthöfer, das obige Zitat belegt dies, stand für die Unabhängigkeit der sachlichen Debatte. Wie sonst wollen wir weiterkommen und den Weg zu neuen Möglichkeiten bahnen?

Herzlichen Dank!



Von links nach rechts: Peter Bofinger, Michael Hüther, Hubertus Bardt, Norbert Walter-Borjans, Sebastian Dullien, Kurt Beck, Julie Froud, Karel Williams, Thomas Fricke, Angelo Salento, Brigitte Preissl

## Programm der Preisverleihung - 4. März 2020

### **Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2020 an**

**Julie Froud, Michael Moran (†), Sukhdev Johal, Angelo Salento und  
Karel Williams**

für ihr Buch „Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik“

**Hubertus Bardt, Sebastian Dullien, Michael Hüther und Katja Rietzler**

für ihren Artikel „Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!“

- 10:30 Uhr      Beginn des Festaktes – musikalische Einführung *clair obscur*
- 10:35 Uhr      **Begrüßung**  
**Kurt Beck**, Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 10:45 Uhr      **Festrede**  
**Norbert Walter-Borjans**, Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
- 11:15 Uhr      **Laudatio auf den Haupt- und den Sonderpreis**  
**Brigitte Preissl**, Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik  
**Thomas Fricke**, Direktor des Forum New Economy, Kolumnist bei *Der Spiegel*, Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik
- Übergabe des Haupt- und Sonderpreises des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2020 an die Preisträger\_innen**
- 11:35 Uhr      **Dankesreden der Preisträger\_innen**  
Für den Hauptpreis: **Julie Froud**, Foundational Economy Collective  
Für den Sonderpreis: **Sebastian Dullien**, IMK Düsseldorf, und **Michael Hüther**, IW Köln
- 11:55 Uhr      Musikalischer Ausklang *clair obscur*
- 12:00 Uhr      Ende des Festaktes



